

INTERPELLATION VON JEAN-PIERRE PRODOLLIET UND STEFAN GISLER
BETREFFEND WOHNLIEGENSCHAFTEN IM FINANZVERMÖGEN

VOM 26. SEPTEMBER 2005

Die Kantonsräte Jean-Pierre Prodolliet, Cham, und Stefan Gisler, Zug, haben am 26. September 2005 folgende **Interpellation** eingereicht:

Dem Rechenschaftsbericht 2004 war zu entnehmen, dass der Regierungsrat beabsichtigt, drei Wohnliegenschaften zu verkaufen. Der Kanton ist insgesamt im Besitz von 35 Mietwohnungen. Mietwohnungen sind im Kanton ein politisches Thema, da an solchen im unteren und mittleren Preissegment Mangel besteht, was auf Familienpolitik und Sozialkosten ungünstige Auswirkungen hat. 35 Wohnungen stellen keine bedeutende Grösse dar. Trotzdem ist es von Interesse, was der Kanton mit seinen Wohnliegenschaften tut, hat es doch Auswirkungen auf menschliche Schicksale.

Der Regierungsrat wird gebeten, folgende **Fragen** zu beantworten:

1. Warum beabsichtigt der Regierungsrat, die im Rechenschaftsbericht S. 305 genannten Liegenschaften zu verkaufen?
2. Beabsichtigt der Regierungsrat noch andere Wohnliegenschaften zu verkaufen?
3. Der Kanton ist seit mehreren Jahren im Besitz von Altbauten, z. T. in baulich schlechtem Zustand. Die gemeindlichen und kantonalen Sozialstellen beklagen, dass es zu wenig Notwohnungen gebe und die Baudirektion jeweilen auf ihre Anfrage keine zur Verfügung stellen könne. Wäre es nicht sinnvoll, wenn die Baudirektion dafür sorgen würde, dass Notwohnungen zur Verfügung stehen?
4. An der Weststrasse in Zug und der Neuhofstrasse in Cham besitzt der Kanton Mietwohnungen des gefragten mittleren Standards. Diese Wohnungen sollten unbedingt im Besitz des Kantons bleiben. Teilt der Regierungsrat diese Auffassung?

5. Kantonseigene Liegenschaften in Oberägeri, Baar, Rotkreuz befinden sich in grossteils noch unbebauten Bauzonen. Es sind Einzelparzellen mit Altbauten, deren zukünftige Nutzung nur im Einbezug in die Projekte von Nachbargrundstücken gesehen werden kann. Diese Liegenschaften böten für den Kanton die Möglichkeit, seine Stellung als Grundeigentümer zu nutzen, um das was an diesem Ort gebaut werden soll, zu beeinflussen. Er könnte hier z. B. versuchen den Bau von bezahlbaren Mietwohnungen zum Zuge kommen zu lassen. Teilt der Regierungsrat diese Auffassung und denkt er daran, solche Gelegenheiten wahrzunehmen?
-